

Bundesrat

Drucksache 552/11

16.09.11

AA - In

Vorlage

an den Bundesrat

Vereinbarung vom 22. September 2010/17. Februar 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Berlin, den 15. September 2011

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit übersende ich den Notenwechsel zur

Vereinbarung vom 22. September 2010/17. Februar 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 59 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 84 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen
Ronald Pofalla



DER BOTSCHAFTER
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
AMBASADOR
REPUBLIKI FEDERALNEJ NIEMIEC

Rüdiger Freiherr v. Fritsch

Warschau, den 22.09.2010

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage von Artikel 12 Absatz 4 des „Abkommens vom 18. Februar 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten“ (im Folgenden „Vertrag“), in der Absicht, die Zusammenarbeit der zuständigen Polizei-, Grenzschutz- und Zollbehörden bei der Bekämpfung und Verhütung der Kriminalität sowie bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung unter den Bedingungen des gemeinsamen Schengener Raums weiter zu vertiefen, nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts, unter Berücksichtigung insbesondere des „Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen

Seiner Exzellenz

dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten

der Republik Polen

Herrn Radosław Sikorski

Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen“ sowie des Schengener Besitzstandes, folgende Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Polen (im Folgenden „die Vertragsparteien“) richten eine gemischt besetzte Dienststelle im Sinne des Artikels 12 Absatz 1 des Vertrages unter der Bezeichnung „Gemeinsames Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit“ mit Sitz in Schwetig (Świecko) im Hoheitsgebiet der Republik Polen ein (im Folgenden „Gemeinsames Zentrum“).
2. Der Betrieb des Gemeinsamen Zentrums erfolgt 24 Stunden täglich im Schichtbetrieb an sieben Tagen in der Woche.
3. a) Die Vertragsparteien benennen die zuständigen Behörden, die Bedienstete in das Gemeinsame Zentrum entsenden (im Folgenden „Entsendebehörden“).
- b) Die Entsendebehörden benennen Bedienstete als ihre Vertreter im Gemeinsamen Zentrum.
4. Die Aufgaben des Gemeinsamen Zentrums umfassen insbesondere
 - a) die Sammlung, den Austausch und die Übermittlung von Informationen und die Mitwirkung bei deren Analyse anhand von einheitlichen Standards, die sich insbesondere aus der Geschäftsordnung nach Nummer 9 ergeben,
 - b) die Unterstützung bei der Erstellung von Analysen, Statistiken und Bewertungen,

- c) die Unterstützung bei der Vorbereitung, Stellung sowie Beantwortung von Ersuchen bei der Bekämpfung und Vorbeugung von Kriminalität und bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung,

 - d) die Unterstützung bei der Koordinierung von Einsätzen, insbesondere bei
 - Ereignissen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen,

 - grenzüberschreitenden Fahndungsmaßnahmen,

 - grenzüberschreitenden Observations- und Nacheilehandlungen,

 - e) die Unterstützung der Aus- und Fortbildung in Angelegenheiten der deutsch-polnischen grenzüberschreitenden Polizei- und Zollzusammenarbeit sowie die Weiterentwicklung und Verbesserung der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit,

 - f) die Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien,

 - g) die Teilnahme an Arbeitsgruppen nach Artikel 5 Nummer 6 des Vertrages.
5. Die Aufgaben, Zuständigkeiten und bestehenden Meldeverpflichtungen gegenüber den Zentralstellen der Polizei-, Zoll- und Grenzschutzbehörden sowie andere Formen der Polizei- und Zollzusammenarbeit werden durch diese Vereinbarung nicht berührt.

6. a) Der Stellung und Beantwortung der in Artikel 5 Nummer 1 Buchstabe b des Vertrages genannten Ersuchen im Gemeinsamen Zentrum erfolgt in schriftlicher oder elektronischer Form.
 - b) Die Ersuchen können im Eilfall mündlich gestellt und beantwortet und im Nachgang gemäß Buchstabe a bestätigt werden.
 - c) Die Arbeitssprachen im Gemeinsamen Zentrum sind deutsch und polnisch. Die Ersuchen werden in deutscher oder polnischer Sprache gestellt und beantwortet.
7. a) Die Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums arbeiten vertrauensvoll zusammen und unterstützen sich gegenseitig.
 - b) Während festgelegter Dienstzeiten gewährleisten die Entsendebehörden, dass Bedienstete aller Entsendebehörden grundsätzlich anwesend sind.
8. a) Die Entsendebehörden der Vertragsparteien bestimmen jeweils einen Koordinator und mindestens einen Vertreter des Koordinators.
 - b) Der in Buchstabe a genannte Koordinator vertritt im Gemeinsamen Zentrum die Entsendebehörden der Vertragspartei. Jeder Koordinator ist für den reibungslosen Betrieb des Gemeinsamen Zentrums verantwortlich, sofern er von den Bediensteten seines Staates geleistet wird.
9. a) Die Koordinatoren beider Vertragsparteien stimmen eine gemeinsame Geschäftsordnung für das Gemeinsame Zentrum miteinander ab.
 - b) Die in Buchstabe a genannte Geschäftsordnung wird von den zuständigen Entsendebehörden gemäß dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien genehmigt.

- c) Die Koordinatoren unterhalten ein gemeinsames Geschäftszimmer, in dem Bedienstete beider Vertragsparteien tätig sind.
10. a) Das Gemeinsame Zentrum wird durch beide Koordinatoren zusammen oder im gegenseitigen Einvernehmen durch einen von ihnen repräsentiert.
- b) Soweit für das Gemeinsame Zentrum eigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erforderlich ist, wird diese zwischen den Koordinatoren abgestimmt.
- c) Auskünfte in bestimmten Fällen bedürfen des Einvernehmens mit den zuständigen Behörden.
11. Die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Entsendebehörden der Vertragsparteien im Gemeinsamen Zentrum richtet sich nach den Artikeln 5 und 19 des Vertrages.
12. Das Gemeinsame Zentrum wird mit Amtsschildern in deutscher und polnischer Sprache und den Staatssymbolen der Vertragsparteien gekennzeichnet.
13. Die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Gemeinsame Zentrum eingerichtet ist, stellt für die Tätigkeit dieser Arbeitsstelle eine sachgerecht hergerichtete Liegenschaft einschließlich – entsprechend der örtlichen Möglichkeiten – Kraftfahrzeugstellplätze zur Verfügung. Ihr obliegt die Unterhaltung, Instandhaltung und Verwaltung der Liegenschaft. Für alle Arbeitsplätze ist die Nutzungsmöglichkeit von Computer- und Telekommunikationstechnik vorzusehen.
14. Die nach Nummer 13 zuständige Vertragspartei stellt für die Bediensteten der Entsendebehörden der anderen Vertragspartei die Installation der erforderlichen Informations- und Kommunikationsnetze in der Liegenschaft und

Telekommunikationsverbindungen unentgeltlich sicher. Die erforderlichen Datenverbindungen der jeweiligen Entsendebehörden sind durch diese sicherzustellen.

15. a) Die Kosten für Betrieb, Wartung und Reparatur sowie laufende Betriebskosten in Bezug auf die gemeinsam genutzten Räumlichkeiten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen.
- b) Die Kosten für Betrieb, Wartung und Reparatur sowie laufende Betriebskosten in Bezug auf die von jeweils einer Vertragspartei allein genutzten Räumlichkeiten werden nach den von dieser Vertragspartei allein in Anspruch genommenen Flächen verhältnismäßig aufgeteilt.
- c) Im Übrigen trägt jede Vertragspartei ihre laufenden Kosten selbst.
- d) Die zuständigen Entsendebehörden beider Vertragsparteien bestimmen in einer gesonderten Vereinbarung
- Bedingungen und Anteil der gemeinsamen und alleinigen Nutzung der entsprechenden Teile der Liegenschaft von den Bediensteten der Entsendebehörden,
 - notwendige Ausstattung der Liegenschaft,
 - Art und Weise sowie die Regeln der finanziellen Abrechnungen.
16. a) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieser Vereinbarung werden durch Beratungen der Koordinatoren beigelegt; für den Fall, dass auf diesem Weg keine Einigung erzielt werden kann, durch Beratungen der zuständigen Entsendebehörden.

b) Wenn eine Verständigung auf dem in Buchstabe a genannten Wege nicht erzielt werden kann, werden die Meinungsverschiedenheiten auf diplomatischem Wege beigelegt.

17. a) Die Tätigkeit des Gemeinsamen Zentrums wird nach vereinbarten Zeitabständen evaluiert.

b) Der erste Termin der in Buchstabe a genannten Evaluation wird innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung festgelegt.

18. a) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann sie durch Notifikation kündigen. In diesem Fall wird die Kündigung neunzig Tage nach Eingang der Kündigungsnote bei der anderen Vertragspartei wirksam. Diese Vereinbarung tritt spätestens an dem Tag außer Kraft, an dem der Vertrag außer Kraft tritt.

b) Die Vereinbarung kann nur mit Zustimmung beider Vertragsparteien und in der gleichen Form, in der sie geschlossen wurde, geändert werden.

19. Diese Vereinbarung wird in deutscher und polnischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Bei Zustimmung zu den Nummern 1 bis 19 beehre ich mich vorzuschlagen, dass die vorliegende Note gemeinsam mit der Antwort Ihrer Exzellenz die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Einrichtung des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit darstellt. Diese Vereinbarung bedarf der Annahme nach dem jeweiligen Recht jeder Vertragspartei. Diese Annahme wird durch Notifikation festgestellt.

Als Tag des Inkrafttretens der Vereinbarung wird der Tag des Eingangs der späteren Notifikation angesehen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. G. 79'.



DER BOTSCHAFTER
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
AMBASADOR
REPUBLIKI FEDERALNEJ NIEMIEC

Rüdiger Freiherr v. Fritsch

Warszawa, dnia 22.09.2010 roku

Panie Ministrze,

mam zaszczyt w imieniu Rządu Republiki Federalnej Niemiec, na podstawie artykułu 12 ustęp 4 „Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o współpracy policji i straży granicznych na terenach przygranicznych“ z dnia 18 lutego 2002 roku, zwanej dalej „Umową“, z zamiarem pogłębienia współpracy pomiędzy policją, strażą graniczną oraz służbą celną w zwalczaniu i zapobieganiu przestępczości, a także w celu ochrony przed zagrożeniami dla bezpieczeństwa i porządku publicznego w strefie Schengen, zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego swych państw, uwzględniając w szczególności podpisaną dnia 19 czerwca 1990 roku „Konwencję wykonawczą do Układu z Schengen z dnia 14 czerwca 1985 roku między Rządami Państw Unii Gospodarczej Beneluksu, Republiki Federalnej Niemiec oraz Republiki Francuskiej w sprawie stopniowego znoszenia kontroli na wspólnych granicach“ oraz dorobek prawny Schengen, zaproponować zawarcie Porozumienia między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o utworzeniu Niemiecko-Polskiego Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych, o następującej treści:

Jego Ekscelencja
Pan Radosław Sikorski
Minister Spraw Zagranicznych
Rzeczypospolitej Polskiej
Warszawa

1. Rząd Republiki Federalnej Niemiec i Rząd Rzeczypospolitej Polskiej, zwane dalej „Umawiającymi się Stronami“, tworzą placówkę z mieszaną obsadą w rozumieniu artykułu 12 ustęp 1 Umowy o nazwie „Niemiecko-Polskie Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych“, usytuowaną w Świecku na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, zwaną dalej „Centrum Współpracy“.
2. Centrum Współpracy funkcjonuje całodobowo, w systemie zmianowym przez siedem dni w tygodniu.
3. a) Umawiające się Strony określą właściwe organy delegujące funkcjonariuszy i pracowników do Centrum Współpracy, zwane dalej „organami delegującymi“.
b) Organy delegujące określą funkcjonariuszy i pracowników jako swoich przedstawicieli w Centrum Współpracy.
4. Do zadań Centrum Współpracy należy w szczególności:
 - a) gromadzenie, wymiana i przekazywanie informacji oraz współpraca przy ich analizie przeprowadzanej zgodnie z jednolitymi standardami wynikającymi w szczególności z regulaminu, o którym mowa w punkcie 9,
 - b) udzielanie wsparcia w opracowywaniu analiz, statystyk i ocen,
 - c) wspieranie przygotowywania i składania wniosków oraz udzielanie odpowiedzi na otrzymane wnioski w ramach współpracy w zakresie zwalczania i zapobiegania przestępczości, a także w dziedzinie przeciwdziałania zagrożeniom bezpieczeństwa i porządku publicznego,
 - d) udzielanie wsparcia przy koordynowaniu działań, a przede wszystkim przy:
 - zdarzeniach stanowiących zagrożenie dla bezpieczeństwa i porządku publicznego,
 - transgranicznych działaniach poszukiwawczych,
 - obserwacji transgranicznej i pościgu transgranicznym,
 - e) wspieranie kształcenia oraz doskonalenia zawodowego w zakresie niemiecko-polskiej

transgranicznej współpracy policyjnej i celnej, jak również dalszego rozwoju i usprawniania polsko-niemieckiej współpracy policyjnej i celnej,

f) udzielanie pomocy w nawiązywaniu kontaktów pomiędzy właściwymi organami Umawiających się Stron,

g) udział w grupach roboczych zgodnie z artykułem 5 punkt 6 Umowy.

5. Zadania, właściwość oraz istniejące obowiązki powiadamiania organów centralnych policji, straży granicznej i służby celnej oraz inne formy współpracy policyjnej i celnej pozostają nienaruszone przez niniejsze Porozumienie.
6.
 - a) Przekazywanie wniosków i udzielanie odpowiedzi na wnioski, o których mowa w artykule 5 punkt 1 litera b) Umowy, w Centrum Współpracy odbywa się formie pisemnej lub elektronicznej.
 - b) W przypadkach niecierpiących zwłoki wnioski mogą być przekazywane w formie ustnej, a następnie potwierdzane w sposób, o którym mowa w literze a).
 - c) Językami roboczymi w Centrum Współpracy są język niemiecki i język polski. Przekazywanie wniosków i udzielanie odpowiedzi na wnioski odbywa się w językach niemieckim lub polskim.
7.
 - a) Funkcjonariusze i pracownicy Centrum Współpracy współpracują w atmosferze wzajemnego zaufania i wsparcia.
 - b) W trakcie ustalonych godzin urzędowania organy delegujące z zasady zapewniają obecność swoich przedstawicieli.
8.
 - a) Organy delegujące każdej z Umawiających się Stron wskazują koordynatora oraz co najmniej jednego zastępcę koordynatora.
 - b) Koordynator, o którym mowa w literze a), pełni funkcję przedstawiciela organów delegujących Umawiającej się Strony. Każdy koordynator jest odpowiedzialny za właściwe funkcjonowanie Centrum Współpracy w zakresie wykonywania obowiązków przez funkcjonariuszy i pracowników jego państwa.

9.
 - a) Koordynatorzy obu Umawiających się Stron uzgodnią wspólny regulamin wewnętrzny Centrum Współpracy.
 - b) Regulamin, o którym mowa w literze a), zostanie zaakceptowany przez właściwe organy delegujące zgodnie z prawem wewnętrznym Umawiających się Stron.
 - c) Koordynatorzy prowadzą wspólny sekretariat, w którym pracują funkcjonariusze i pracownicy obydwu Umawiających się Stron.
10.
 - a) Centrum Współpracy jest reprezentowane przez obu koordynatorów lub za obopólną zgodą przez jednego z nich.
 - b) O ile konieczna będzie współpraca Centrum Współpracy z mediami, zostanie ona uzgodniona pomiędzy koordynatorami.
 - c) W określonych przypadkach przekazywanie informacji wymaga zgody właściwych w tym zakresie organów.
11. Do gromadzenia i przetwarzania danych osobowych przez organy delegujące Umawiających się Stron do Centrum Współpracy stosuje się zasady określone w artykułach 5 i 19 Umowy.
12. Centrum Współpracy oznaczone jest urzędowymi tablicami informacyjnymi w językach niemieckim i polskim oraz symbolami państwowymi Umawiających się Stron.
13. Umawiająca się Strona, na której terytorium zostało ustanowione Centrum Współpracy, zapewnia odpowiednio wyposażoną nieruchomość łącznie z – stosownie do miejscowych możliwości – miejscami parkingowymi. Do tej Umawiającej się Strony należy utrzymanie i zarządzanie nieruchomością. Wszystkie stanowiska pracy powinny posiadać możliwość korzystania ze sprzętu komputerowego oraz telekomunikacyjnego.
14. Umawiająca się Strona, o której mowa w punkcie 13, jest odpowiedzialna za bezpłatne udostępnianie funkcjonariuszom i pracownikom drugiej Umawiającej się Strony instalacji sieci informatyczno-komunikacyjnej na terenie nieruchomości oraz łączy telekomunikacyjnych. Każdy organ delegujący jest odpowiedzialny za odpowiedni system transmisji danych.

15. a) Koszty eksploatacji i utrzymania nieruchomości, koszty napraw oraz bieżące koszty dotyczące wspólnie wykorzystywanych pomieszczeń Centrum Współpracy będą ponoszone równomiernie przez obie Umawiające się Strony.
- b) Koszty eksploatacji i utrzymania nieruchomości, koszty napraw oraz bieżące koszty dotyczące pomieszczeń Centrum Współpracy, z których korzysta tylko jedna Umawiająca się Strona, będą podzielone proporcjonalnie do wykorzystywanych przez tę Umawiającą się Stronę powierzchni.
- c) Ponadto bieżące koszty związane z funkcjonowaniem Centrum Współpracy każda z Umawiających się Stron ponosi we własnym zakresie.
- d) Właściwe organy delegujące obu Umawiających się Stron w odrębnym porozumieniu określają:
- warunki i udział we wspólnym i samodzielnym korzystaniu z odpowiednich części nieruchomości przez funkcjonariuszy i pracowników organów delegujących,
 - niezbędne wyposażenie nieruchomości,
 - sposób i reguły dokonywania rozliczeń finansowych.
16. a) Wszelkie spory dotyczące interpretacji i stosowania niniejszego Porozumienia będą rozstrzygane w drodze konsultacji przez koordynatorów; w przypadku nieosiągnięcia porozumienia spory będą rozstrzygane w drodze konsultacji przez właściwe organy delegujące.
- b) W przypadku nieosiągnięcia porozumienia w sposób, o którym mowa w literze a), spór będzie rozstrzygany drogą dyplomatyczną.
17. a) Działalność Centrum Współpracy będzie oceniana w uzgodnionych odstępach czasu.
- b) Pierwszy termin oceny, o której mowa w literze a), zostanie ustalony w okresie sześciu miesięcy od dnia wejścia w życie niniejszego Porozumienia.

18. a) Porozumienie niniejsze zawarte jest na czas nieokreślony. Może być wypowiedziane w drodze notyfikacji przez każdą z Umawiających się Stron; w takim wypadku utraci moc po upływie dziewięćdziesięciu dni od dnia doręczenia noty informującej o jego wypowiedzeniu. Niniejsze Porozumienie przestaje obowiązywać najpóźniej z dniem utraty mocy przez Umowę.
- b) Porozumienie niniejsze może być zmieniane wyłącznie za zgodą Umawiających się Stron w takiej formie, w jakiej zostało ono zawarte.
19. Niniejsze Porozumienie sporządzone jest w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty są jednakowo autentyczne.

W przypadku akceptacji punktów 1 do 19 mam zaszczyt zaproponować, aby niniejsza nota wraz z odpowiedzią Waszej Ekscelencji stanowiły Porozumienie między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o utworzeniu Niemiecko-Polskiego Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych. Niniejsze Porozumienie podlega przyjęciu zgodnie z prawem każdej z Umawiających się Stron, co zostanie stwierdzone w drodze wymiany not. Za dzień wejścia w życie Porozumienia uważać się będzie dzień otrzymania noty późniejszej.

Proszę przyjąć, Panie Ministrze, wyrazy mego najwyższego poważania.

Handwritten signature and date '15/79'.

Herr Radosław Sikorski
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Polen
in Warschau

Herr Botschafter,

ich habe die Ehre, den Empfang der Note Ihrer Exzellenz vom 22. September 2010 mit dem folgenden Wortlaut:

“Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage vom Artikel 12 Absatz 4 des „Abkommens vom 18. Februar 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten“ (im Folgenden "Vertrag"), in der Absicht, die Zusammenarbeit der zuständigen Polizei-, Grenzschutz- und Zollbehörden bei der Bekämpfung und Verhütung der Kriminalität sowie bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung unter den Bedingungen des gemeinsamen Schengener Raums weiter zu vertiefen, nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts, unter Berücksichtigung insbesondere des "Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
in der Republik Polen
Rüdiger Freiherr v. Fritsch

Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen" sowie des Schengener Besitzstandes, folgende Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Polen (im Folgenden "die Vertragsparteien") richten eine gemischt besetzte Dienststelle im Sinne des Artikels 12 Absatz 1 des Vertrages unter der Bezeichnung "Gemeinsames Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit" mit Sitz in Schwetig (Świecko) im Hoheitsgebiet der Republik Polen ein (im Folgenden "Gemeinsames Zentrum").
2. Der Betrieb des Gemeinsamen Zentrums erfolgt 24 Stunden täglich im Schichtbetrieb an sieben Tagen in der Woche.
3.
 - a) Die Vertragsparteien benennen die zuständigen Behörden, die Bedienstete in das Gemeinsame Zentrum entsenden (im Folgenden „Entsendebehörden“).
 - b) Die Entsendebehörden benennen Bedienstete als ihre Vertreter im Gemeinsamen Zentrum.
4. Die Aufgaben des Gemeinsamen Zentrums umfassen insbesondere
 - a) die Sammlung, den Austausch und die Übermittlung von Informationen und die Mitwirkung bei deren Analyse anhand von einheitlichen Standards, die sich insbesondere aus der Geschäftsordnung nach Nummer 9 ergeben,
 - b) die Unterstützung bei der Erstellung von Analysen, Statistiken und Bewertungen,

c) die Unterstützung bei der Vorbereitung, Stellung sowie Beantwortung von Ersuchen bei der Bekämpfung und Vorbeugung von Kriminalität und bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung,

d) die Unterstützung bei der Koordinierung von Einsätzen, insbesondere bei

- Ereignissen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen,
- grenzüberschreitenden Fahndungsmaßnahmen,
- grenzüberschreitenden Observations- und Nacheilehandlungen,

e) die Unterstützung der Aus- und Fortbildung in Angelegenheiten der deutsch-polnischen grenzüberschreitenden Polizei- und Zollzusammenarbeit sowie die Weiterentwicklung und Verbesserung der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit,

f) die Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien,

g) die Teilnahme an Arbeitsgruppen nach Artikel 5 Nummer 6 des Vertrages.

5. Die Aufgaben, Zuständigkeiten und bestehenden Meldeverpflichtungen gegenüber den Zentralstellen der Polizei-, Zoll- und Grenzschutzbehörden sowie andere Formen der Polizei- und Zollzusammenarbeit werden durch diese Vereinbarung nicht berührt.

6. a) Der Stellung und Beantwortung der in Artikel 5 Nummer 1 Buchstabe b des Vertrages genannten Ersuchen im Gemeinsamen Zentrum erfolgt in schriftlicher oder elektronischer Form.

- b) Die Ersuchen können im Eilfall mündlich gestellt und beantwortet und im Nachgang gemäß Buchstabe a bestätigt werden.
 - c) Die Arbeitssprachen im Gemeinsamen Zentrum sind deutsch und polnisch. Die Ersuchen werden in deutscher oder polnischer Sprache gestellt und beantwortet.
- 7.
- a) Die Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums arbeiten vertrauensvoll zusammen und unterstützen sich gegenseitig.
 - b) Während festgelegter Dienstzeiten gewährleisten die Entsendebehörden, dass Bedienstete aller Entsendebehörden grundsätzlich anwesend sind.
- 8.
- a) Die Entsendebehörden der Vertragsparteien bestimmen jeweils einen Koordinator und mindestens einen Vertreter des Koordinators.
 - b) Der in Buchstabe a genannte Koordinator vertritt im Gemeinsamen Zentrum die Entsendebehörden der Vertragspartei. Jeder Koordinator ist für den reibungslosen Betrieb des Gemeinsamen Zentrums verantwortlich, sofern er von den Bediensteten seines Staates geleistet wird.
- 9.
- a) Die Koordinatoren beider Vertragsparteien stimmen eine gemeinsame Geschäftsordnung für das Gemeinsame Zentrum miteinander ab.
 - b) Die in Buchstabe a genannte Geschäftsordnung wird von den zuständigen Entsendebehörden gemäß dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien genehmigt.
 - c) Die Koordinatoren unterhalten ein gemeinsames Geschäftszimmer, in dem Bedienstete beider Vertragsparteien tätig sind.

10. a) Das Gemeinsame Zentrum wird durch beide Koordinatoren zusammen oder im gegenseitigen Einvernehmen durch einen von ihnen repräsentiert.

b) Soweit für das Gemeinsame Zentrum eigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erforderlich ist, wird diese zwischen den Koordinatoren abgestimmt.

c) Auskünfte in bestimmten Fällen bedürfen des Einvernehmens mit den zuständigen Behörden.
11. Die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Entsendebehörden der Vertragsparteien im Gemeinsamen Zentrum richtet sich nach den Artikeln 5 und 19 des Vertrages.
12. Das Gemeinsame Zentrum wird mit Amtsschildern in deutscher und polnischer Sprache und den Staatssymbolen der Vertragsparteien gekennzeichnet.
13. Die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Gemeinsame Zentrum eingerichtet ist, stellt für die Tätigkeit dieser Arbeitsstelle eine sachgerecht hergerichtete Liegenschaft einschließlich - entsprechend der örtlichen Möglichkeiten - Kraftfahrzeugstellplätze zur Verfügung. Ihr obliegt die Unterhaltung, Instandhaltung und Verwaltung der Liegenschaft. Für alle Arbeitsplätze ist die Nutzungsmöglichkeit von Computer- und Telekommunikationstechnik vorzusehen.
14. Die nach Nummer 13 zuständige Vertragspartei stellt für die Bediensteten der Entsendebehörden der anderen Vertragspartei die Installation der erforderlichen Informations- und Kommunikationsnetze in der Liegenschaft und Telekommunikationsverbindungen unentgeltlich sicher. Die

erforderlichen Datenverbindungen der jeweiligen Entsendebehörden sind durch diese sicherzustellen.

15. a) Die Kosten für Betrieb, Wartung und Reparatur sowie laufende Betriebskosten in Bezug auf die gemeinsam genutzten Räumlichkeiten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen.
- b) Die Kosten für Betrieb, Wartung und Reparatur sowie laufende Betriebskosten in Bezug auf die von jeweils einer Vertragspartei allein genutzten Räumlichkeiten werden nach den von dieser Vertragspartei allein in Anspruch genommenen Flächen verhältnismäßig aufgeteilt.
- c) Im Übrigen trägt jede Vertragspartei ihre laufenden Kosten selbst.
- d) Die zuständigen Entsendebehörden beider Vertragsparteien bestimmen in einer gesonderten Vereinbarung
- Bedingungen und Anteil der gemeinsamen und alleinigen Nutzung der entsprechenden Teile der Liegenschaft von den Bediensteten der Entsendebehörden,
 - notwendige Ausstattung der Liegenschaft,
 - Art und Weise sowie die Regeln der finanziellen Abrechnungen.
16. a) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieser Vereinbarung werden durch Beratungen der Koordinatoren beigelegt; für den Fall, dass auf diesem Weg keine Einigung erzielt werden kann, durch Beratungen der zuständigen Entsendebehörden.
- b) Wenn eine Verständigung auf dem in Buchstabe a genannten Wege nicht erzielt werden kann, werden die Meinungsverschiedenheiten auf diplomatischem Wege beigelegt.

17. a) Die Tätigkeit des Gemeinsamen Zentrums wird nach vereinbarten Zeitabständen evaluiert.

b) Der erste Termin der in Buchstabe a genannten Evaluation wird innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung festgelegt.

18. a) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann sie durch Notifikation kündigen. In diesem Fall wird die Kündigung neunzig Tage nach Eingang der Kündigungsnote bei der anderen Vertragspartei wirksam. Diese Vereinbarung tritt spätestens an dem Tag außer Kraft, an dem der Vertrag außer Kraft tritt.

b) Die Vereinbarung kann nur mit Zustimmung beider Vertragsparteien und in der gleichen Form, in der sie geschlossen wurde, geändert werden.

19. Diese Vereinbarung wird in deutscher und polnischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Bei Zustimmung zu den Nummern 1 bis 19 beehre ich mich vorzuschlagen, dass die vorliegende Note gemeinsam mit der Antwort Ihrer Exzellenz die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Einrichtung des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit darstellt. Diese Vereinbarung bedarf der Annahme nach dem jeweiligen Recht jeder Vertragspartei. Diese Annahme wird durch Notifikation festgestellt.

Als Tag des Inkrafttretens der Vereinbarung wird der Tag des Eingangs der späteren Notifikation angesehen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.”

zu bestätigen. Des Weiteren beehre ich mich mitzuteilen, die Regierung der Republik Polen stimmt dem Vorgenannten zu und nimmt den im Namen der Bundesrepublik Deutschland vorgelegten Vorschlag Ihrer Exzellenz an, dass die oben genannte Note samt der vorliegenden Antwort die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Einrichtung des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit darstellt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.



Stonki

Warschau, den 17 Februar 2011

**Pan Radosław Sikorski
Minister Spraw Zagranicznych
w Rzeczypospolitej Polskiej
w Warszawie**

Panie Ambasadorze,

Mam zaszczyt potwierdzić otrzymanie noty Waszej Ekszelencji z dnia 22 września 2010 roku w następującym brzmieniu:

„Panie Ministrze,

mam zaszczyt w imieniu Rządu Republiki Federalnej Niemiec, na podstawie artykułu 12 ustęp 4 „Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o współpracy policji i straży granicznych na terenach przygranicznych“ z dnia 18 lutego 2002 roku, zwanej dalej „Umową“, z zamiarem pogłębienia współpracy pomiędzy policją, strażą graniczną oraz służbą celną w zwalczaniu i zapobieganiu przestępczości, a także w celu ochrony przed zagrożeniami dla bezpieczeństwa i porządku publicznego w strefie Schengen, zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego swych państw, uwzględniających w szczególności podpisaną dnia 19 czerwca 1990 roku „Konwencję wykonawczą do Układu z Schengen z dnia 14 czerwca 1985 roku między Rządami Państw Unii Gospodarczej Beneluksu, Republiki Federalnej Niemiec oraz Republiki Francuskiej w sprawie stopniowego znoszenia kontroli na wspólnych granicach“ oraz dorobek prawny Schengen, zaproponować zawarcie

**Ambasador Republiki Federalnej Niemiec
w Rzeczypospolitej Polskiej
Rüdiger Freiherr v. Fritsch**

Porozumienia między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o utworzeniu Niemiecko-Polskiego Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych, o następującej treści:

1. Rząd Republiki Federalnej Niemiec i Rząd Rzeczypospolitej Polskiej, zwane dalej „Umawiającymi się Stronami“, tworzą placówkę z mieszaną obsadą w rozumieniu artykułu 12 ustęp 1 Umowy o nazwie „Niemiecko-Polskie Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych“, usytuowaną w Świecku na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, zwaną dalej „Centrum Współpracy“.
2. Centrum Współpracy funkcjonuje całodobowo, w systemie zmianowym przez siedem dni w tygodniu.
3.
 - a) Umawiające się Strony określą właściwe organy delegujące funkcjonariuszy i pracowników do Centrum Współpracy, zwane dalej „organami delegującymi“.
 - b) Organy delegujące określą funkcjonariuszy i pracowników jako swoich przedstawicieli w Centrum Współpracy.
4. Do zadań Centrum Współpracy należy w szczególności:
 - a) gromadzenie, wymiana i przekazywanie informacji oraz współpraca przy ich analizie przeprowadzanej zgodnie z jednolitymi standardami wynikającymi w szczególności z regulaminu, o którym mowa w punkcie 9,
 - b) udzielanie wsparcia w opracowywaniu analiz, statystyk i ocen,
 - c) wspieranie przygotowywania i składania wniosków oraz udzielanie odpowiedzi na otrzymane wnioski w ramach współpracy w zakresie zwalczania i zapobiegania przestępczości, a także w dziedzinie przeciwdziałania zagrożeniom bezpieczeństwa i porządku publicznego,

- 3 -

- d) udzielanie wsparcia przy koordynowaniu działań, a przede wszystkim przy:
 - zdarzeniach stanowiących zagrożenie dla bezpieczeństwa i porządku publicznego,
 - transgranicznych działaniach poszukiwawczych,
 - obserwacji transgranicznej i pościgu transgranicznym,
 - e) wspieranie kształcenia oraz doskonalenia zawodowego w zakresie niemiecko-polskiej transgranicznej współpracy policyjnej i celnej, jak również dalszego rozwoju i usprawniania polsko-niemieckiej współpracy policyjnej i celnej,
 - f) udzielanie pomocy w nawiązywaniu kontaktów pomiędzy właściwymi organami Umawiających się Stron,
 - g) udział w grupach roboczych zgodnie z artykułem 5 punkt 6 Umowy.
5. Zadania, właściwość oraz istniejące obowiązki powiadamiania organów centralnych policji, straży granicznej i służby celnej oraz inne formy współpracy policyjnej i celnej pozostają nienaruszone przez niniejsze Porozumienie.
6. a) Przekazywanie wniosków i udzielanie odpowiedzi na wnioski, o których mowa w artykule 5 punkt 1 litera b) Umowy, w Centrum Współpracy odbywa się formie pisemnej lub elektronicznej.
- b) W przypadkach nie cierpiących zwłoki wnioski mogą być przekazywane w formie ustnej, a następnie potwierdzane w sposób, o którym mowa w literze a).
- c) Językami roboczymi w Centrum Współpracy są język niemiecki i język polski. Przekazywanie wniosków i udzielanie odpowiedzi na wnioski odbywa się w językach niemieckim lub polskim.

7.
 - a) Funkcjonariusze i pracownicy Centrum Współpracy współpracują w atmosferze wzajemnego zaufania i wsparcia.
 - b) W trakcie ustalonych godzin urzędowania organy delegujące z zasady zapewniają obecność swoich przedstawicieli.
8.
 - a) Organy delegujące każdej z Umawiających się Stron wskazują koordynatora oraz co najmniej jednego zastępcę koordynatora.
 - b) Koordynator, o którym mowa w literze a), pełni funkcję przedstawiciela organów delegujących Umawiającej się Strony. Każdy koordynator jest odpowiedzialny za właściwe funkcjonowanie Centrum Współpracy w zakresie wykonywania obowiązków przez funkcjonariuszy i pracowników jego państwa.
9.
 - a) Koordynatorzy obu Umawiających się Stron uzgodnią wspólny regulamin wewnętrzny Centrum Współpracy.
 - b) Regulamin, o którym mowa w literze a), zostanie zaakceptowany przez właściwe organy delegujące zgodnie z prawem wewnętrznym Umawiających się Stron.
 - c) Koordynatorzy prowadzą wspólny sekretariat, w którym pracują funkcjonariusze i pracownicy obydwu Umawiających się Stron.
10.
 - a) Centrum Współpracy jest reprezentowane przez obu koordynatorów lub za obopólną zgodą przez jednego z nich.
 - b) O ile konieczna będzie współpraca Centrum Współpracy z mediami, zostanie ona uzgodniona pomiędzy koordynatorami.
 - c) W określonych przypadkach przekazywanie informacji wymaga zgody właściwych w tym zakresie organów.

11. Do gromadzenia i przetwarzania danych osobowych przez organy delegujące Umawiających się Stron do Centrum Współpracy stosuje się zasady określone w artykułach 5 i 19 Umowy.
12. Centrum Współpracy oznaczone jest urzędowymi tablicami informacyjnymi w językach niemieckim i polskim oraz symbolami państwowymi Umawiających się Stron.
13. Umawiająca się Strona, na której terytorium zostało ustanowione Centrum Współpracy, zapewnia odpowiednio wyposażoną nieruchomość łącznie z – stosownie do miejscowych możliwości – miejscami parkingowymi. Do tej Umawiającej się Strony należy utrzymanie i zarządzanie nieruchomością. Wszystkie stanowiska pracy powinny posiadać możliwość korzystania ze sprzętu komputerowego oraz telekomunikacyjnego.
14. Umawiająca się Strona, o której mowa w punkcie 13, jest odpowiedzialna za bezpłatne udostępnianie funkcjonariuszom i pracownikom drugiej Umawiającej się Strony instalacji sieci informatyczno-komunikacyjnej na terenie nieruchomości oraz łączy telekomunikacyjnych. Każdy organ delegujący jest odpowiedzialny za odpowiedni system transmisji danych.
15.
 - a) Koszty eksploatacji i utrzymania nieruchomości, koszty napraw oraz bieżące koszty dotyczące wspólnie wykorzystywanych pomieszczeń Centrum Współpracy będą ponoszone równomiernie przez obie Umawiające się Strony.
 - b) Koszty eksploatacji i utrzymania nieruchomości, koszty napraw oraz bieżące koszty dotyczące pomieszczeń Centrum Współpracy, z których korzysta tylko jedna Umawiająca się Strona, będą podzielone proporcjonalnie do wykorzystywanych przez tę Umawiającą się Stronę powierzchni.

- c) Ponadto bieżące koszty związane z funkcjonowaniem Centrum Współpracy każda z Umawiających się Stron ponosi we własnym zakresie.
 - d) Właściwe organy delegujące obu Umawiających się Stron w odrębnym porozumieniu określają:
 - warunki i udział we wspólnym i samodzielnym korzystaniu z odpowiednich części nieruchomości przez funkcjonariuszy i pracowników organów delegujących,
 - niezbędne wyposażenie nieruchomości,
 - sposób i reguły dokonywania rozliczeń finansowych.
16. a) Wszelkie spory dotyczące interpretacji i stosowania niniejszego Porozumienia będą rozstrzygane w drodze konsultacji przez koordynatorów; w przypadku nieosiągnięcia porozumienia spory będą rozstrzygane w drodze konsultacji przez właściwe organy delegujące.
- b) W przypadku nieosiągnięcia porozumienia w sposób, o którym mowa w literze a), spór będzie rozstrzygany drogą dyplomatyczną.
17. a) Działalność Centrum Współpracy będzie oceniana w uzgodnionych odstępach czasu.
- b) Pierwszy termin oceny, o której mowa w literze a), zostanie ustalony w okresie sześciu miesięcy od dnia wejścia w życie niniejszego Porozumienia.
18. a) Porozumienie niniejsze zawarte jest na czas nieokreślony. Może być wypowiedziane w drodze notyfikacji przez każdą z Umawiających się Stron; w takim wypadku utraci moc po upływie dziewięćdziesięciu dni od dnia doręczenia noty informującej o jego wypowiedzeniu. Niniejsze Porozumienie przestaje obowiązywać najpóźniej z dniem utraty mocy przez Umowę.

- 7 -

- b) Porozumienie niniejsze może być zmieniane wyłącznie za zgodą Umawiających się Stron w takiej formie, w jakiej zostało ono zawarte.

19. Niniejsze Porozumienie sporządzone jest w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty są jednakowo autentyczne.

W przypadku akceptacji punktów 1 do 19 mam zaszczyt zaproponować, aby niniejsza nota wraz z odpowiedzią Waszej Ekszelencji stanowiły Porozumienie między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o utworzeniu Niemiecko-Polskiego Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych. Niniejsze Porozumienie podlega przyjęciu zgodnie z prawem każdej z Umawiających się Stron, co zostanie stwierdzone w drodze wymiany not. Za dzień wejścia w życie Porozumienia uważać się będzie dzień otrzymania noty późniejszej.

Proszę przyjąć, Panie Ministrze, wyrazy mego najwyższego poważania.”

Mam ponadto zaszczyt zakomunikować, że Rząd Rzeczypospolitej Polskiej wyraża zgodę na powyższe i przyjmuje propozycję Waszej Ekszelencji, przedstawioną w imieniu Rządu Republiki Federalnej Niemiec, aby przytoczona nota i niniejsza odpowiedź na nią stanowiły Porozumienie między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Republiki Federalnej Niemiec o utworzeniu Polsko-Niemieckiego Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych.

Proszę przyjąć, Ekszelencjo wyrazy mego najwyższego poważania.



Stankiewicz

Warszawa, dnia 17 lutego 2011 r.